



Vertretung der Europäischen  
Kommission in Österreich

# Jahresbericht 2013

*„Das Europäische Semester ist das Steuerungsinstrument, das Budgetkonsolidierung und Strukturreformen miteinander verbindet.“*

MARC FÄHNDRICH

#### **Präsentation und Diskussion zur „Einbindung der Zivilgesellschaft in das Europäische Semester“ im EU-Haus Wien**

Das Europäische Semester war im Verlauf des Jahres Gegenstand mehrerer Veranstaltungen der Vertretung der EU-Kommission in Österreich im Haus der EU in Wien. Am 20. Juni 2013 fand auf gemeinsame Initiative des Österreichischen Bundeskanzleramtes, der Vertretung der EU-Kommission in Wien und des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich eine Präsentation mit anschließender Diskussion unter dem Titel „Einbindung der Zivilgesellschaft in das Europäische Semester“ statt.<sup>2</sup>

Im Verlauf der Veranstaltung erläuterte Marc Fähndrich, der *European Semester-Officer* der Vertretung, die Eckpfeiler und Prioritäten des Europäischen Semesters 2013 und unterstrich die Bedeutung der Teilnahme der Zivilgesellschaft an der *Europa 2020* Strategie der EU-Kommission. „Das Europäische Semester ist das Steuerungsinstrument, das Budgetkonsolidierung und Strukturreformen miteinander

verbindet. Dies geschieht durch eine länderspezifische Betrachtung, da jedes Land vor anderen Herausforderungen steht. In Österreich ist vor allem beim Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystem ein Reformbedarf gegeben. Weiters sollte Österreich den Anteil von Frauen, älteren Menschen und Migranten an der Beschäftigung erhöhen. In finanzieller Hinsicht sollte das strukturelle mittelfristige Budgetziel eines Defizits von maximal 0,45% des BIP schon 2015 erreicht werden“, unterstrich Marc Fähndrich.

*Das Budgetziel von 0,45% Defizit des BIP sollte schon 2015 erreicht werden*

#### **Präsentation der Studie „Die EU aus Sicht österreichischer Unternehmen – Trends und Herausforderungen des Europäischen Semesters“ im EU-Haus Wien**

Am 19. November lud die Vertretung der EU-Kommission in Österreich zur Präsentation der Studie „Die EU aus Sicht österreichischer Unternehmen – Trends und Herausforderungen des Europäischen Semesters“ ins EU-Haus in Wien ein. Im Zuge der Präsentation erläuterte Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Österreich, gemeinsam mit Harald Pitters von Pitters Trendexpert die Ergebnisse der Umfrage, die die Europäische Kommission vor dem Hintergrund des Europäischen Semesters bei mehr als 400 österreichischen Klein- und Mittelunternehmen hat durchführen lassen. Dabei wurde deutlich, dass Österreichs kleine und mittlere Unternehmen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als vorteilhaft ansehen und insbesondere vom Europäischen Binnenmarkt und EU-Förderungen profitieren.

*Österreichs kleine und mittlere Unternehmen profitieren vom Europäischen Binnenmarkt und den EU-Förderungen*



*Präsentation der Ergebnisse der KMU-Umfrage*

„Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sehen die österreichischen Unternehmen die EU durchaus positiv. Im Zentrum stehen dabei vor allem die Vorteile des Binnenmarktes und zukünftige Chancen.“

HARALD PITTERS



Laut Ergebnissen der Studie, sind mehr als die Hälfte der befragten KMU im EU-Ausland aktiv. Mehr als zwei Drittel (68%) sehen den Europäischen Binnenmarkt als Vorteil an. Mehr als jedes zehnte österreichische Unternehmen erhält EU-Förderungen, wobei aus der Studie hervorgeht, dass größere Unternehmen mehr Gebrauch von den Förderungen machen als kleinere. „Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sehen die österreichischen Unternehmen die EU durchaus positiv. Im Zentrum stehen dabei vor allem die Vorteile des Binnenmarktes und zukünftige Chancen, während der bürokratische Aufwand etwa für Förderungen kritisiert wird“, erklärte Harald Pitters, der Studienleiter der Umfrage.

**Nachholbedarf bei Reformen, Entbürokratisierung und Kommunikation**

Gleichzeitig verdeutlichte die Studie, dass es Nachholbedarf bei Reformen, Entbürokratisierung und Kommunikation gibt. „Die EU kommt wieder ins Lot. Das zeigen uns die ersten Zahlen aus dem Europäischen Semester. Österreich steht vergleichsweise gut da, was vor allem an der starken Stellung der KMU im Land liegt. Die solide Situation ist auch auf das internationale Engagement im EU-Ausland zurückzuführen. Allerdings müssen die Unternehmen ihre Mitarbeiter stärker über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft informieren“, erläuterte Kühnel. Im Verlauf der Präsentation regte Kühnel auch an, die Empfehlungen der Europäischen Kommission in ein künftiges Regierungsprogramm als Richtschnur einfließen zu lassen.

In Bezug auf das Thema Entbürokratisierung verwies Richard Kühnel auf Maßnahmen und Initiativen der EU-Kommission wie beispielsweise das REFIT-Programm. Durch das REFIT-Programm der Europäischen Union sind in den letzten zehn Jahren mehr als 660 Initiativen zur Vereinfachung von Rechtsvorschriften ergriffen worden. Dadurch wurde der Verwaltungsauf-

wand für KMU in den Jahren 2007–2010 um mehr als ein Viertel gesenkt. Weitere geplante Erleichterungen für KMU im Verwaltungsbereich sollen zusätzliche Einsparungen in Höhe von 5 Milliarden Euro bringen. „Die EU-Kommission hat das Problem schon seit langem erkannt und will vor allem KMU in Europa weiter entlasten. Allerdings gibt es auch auf nationaler Ebene großes Potential für Bürokratieabbau, das im Rahmen von Reformen genutzt werden sollte“, betonte Kühnel.

**Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014–2020**



Am 19. November 2013 hat das Europäische Parlament dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union für 2014–2020 zugestimmt. Nach zweieinhalb Jahren Verhandlungen wurde damit ein intensiver Verhandlungsprozess zum Abschluss gebracht, der

am 29. Juni 2011 mit der Einreichung der Vorschläge der EU-Kommission zum MFR begonnen hatte. „Heute ist ein großer Tag für Europa. Mit unserem modernen, zukunftsorientierten Haushalt können wir wirklich etwas für die Bürgerinnen und Bürger bewegen! Er kann zu einer starken und nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung in der gesamten Europäischen Union beitragen. Mit den bereitgestellten Mitteln werden wir Wege aus der Krise finden, unter der Armutsgrenze Lebende oder Arbeitssuchende finanziell unterstützen, für kleine Unternehmen Investitionsmöglichkeiten erschließen und Kommunen, Landwirte, Forscher und